

Nicht-öffentliche Landtagsitzung vom 15. Oktober 1946

Beginn der Sitzung um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr

Anwesend: alle Abgeordneten.

Präsident: Ich eröffne die heutige nicht-öffentliche Landtagsitzung und begrüße die Herren bestens. Ueber Wunsch der Fraktion der Union ist heute eine nicht-öffentliche Landtagsitzung einberufen worden mit dem einzigen Traktandum

B e s p r e c h u n g d e r G r u n d l a g e n d e r
K o a l i t i o n .

Ich halte es für zweckmässig, wenn sich die Herren zu diesem Punkte äussern.

Abg. Dr. Ritter: Herr Präsident, meine Herren! Die Gründe, welche zu der gegenwärtigen Krise oder besser gesagt Spannung geführt haben, sind allgemein bekannt und zweifellos in den Parteikreisen bereits zur Genüge erörtert worden. Zuletzt wurden diese Gründe in der interparteilichen Besprechung, welche am 4. Oktober 1946 stattgefunden hat, erörtert, und zwar in Anwesenheit S.D. des Landesfürsten. Es erübrigt sich deshalb, nochmals näher auf diese Angelegenheit einzugehen, weshalb ich auf Grund der Delegiertenversammlung der Vaterländischen Union nachstehende Erklärung der Fraktion der Vaterländischen Union dem hohen Landtag zur Kenntnis bringen.

Erklärung siehe Anhang (wird verlesen)

Wir sind uns darüber klar, dass die Fraktion der Bürgerpartei sich als nicht zuständig erklären wird, um die vorgebrachten Bedingungen anzunehmen oder abschlägig zu beantworten. Die Angelegenheit wird sich wohl so erledigen lassen, dass wie beim Fall Dr. Vogt durch die Fraktion an die Bürgerpartei zu gelangen ist. Wenn Sie also heute keine bindende Erklärung abgeben können, so müssen wir Sie doch ersuchen dafür besorgt zu sein, dass wir binnen einer nützlichen Frist, sagen wir innert 14 Tagen, die abschliessende Erklärung erhalten können, wobei die Fraktion der Union ermächtigt ist zu erklären, dass in dieser Zeit interparteiliche Verhandlungen wenn nötig zugesagt wird, resp. abgehalten werden können.

Präsident: Wie Herr Dr. Ritter bereits erwähnt hat, nimmt die Fraktion der Union an, dass es möglich ist, dass die Fraktion der Bürgerpartei heute eine bindende Zusage nicht geben kann. Da bin auch ich der Ansicht, dass wir niemals berechtigt sind, eine endgültige Zusage zu den einzelnen Punkten zu geben. Nach meiner Ansicht wäre es wohl möglich, den einen oder anderen Punkt der Erklärung abzuklären resp. zuzustimmen, wo also die Fraktion von sich aus die Verantwortung übernehmen könnte, aber auf keinen Fall über sämtliche angeführten Punkte.

Abg. Dr. Ritter: Besteht die Möglichkeit, bis ende dieses Monats ihrerseits eine entscheidende Antwort zu geben oder eine interparteiliche Besprechung durchzuführen?

Präsident: Ich glaube, dass es in dieser Zeit möglich ist. Es würde mich dann noch interessieren, wie sich die Union dazu stellt, ob Sie es für angezeigt hält, dass in der Zwischenzeit der Landtag weiter tagt, oder ob die Ansicht besteht, dass mit den Landtagssitzungen zugewartet wird bis die ganze Angelegenheit erledigt ist?

Abg. Dr. Ritter: Ich persönlich bin der Meinung, dass der Landtag in wichtigen Dingen weiter tagt resp. weiter arbeitet, was jedoch nicht dringend ist, kann diese 14 Tage zurückgestellt werden.

Präsident: Wir haben versch. dringende Sachen zu behandeln, z.B. das Baugesetz, welches 2 Tage in Anspruch nehmen wird, denn wie den Herren bekannt ist, sind Bausperren in Vaduz und Schaan verhängt worden, auch einige Einsprachen dagegen. Die Sachen können nicht behandelt werden, bis die gesetzliche Unterlage nicht geschaffen ist. Weiter wäre der Bebauungsplan unter Dach zu bringen. Dann ist das Saminawerkprojekt unter Dach zu bringen. Die anderen Sachen sind mehr nebensächlicher Natur. Das Baugesetz und das Saminawerkprojekt sollten jedoch unbedingt behandelt werden.

Abg. H. Brunhart: Da ist nichts einzuwenden.

Abg. Sele: Wir wollen an den Verzögerungen dieser Sachen nicht die Schuld tragen.

Präsident: Ich möchte noch folgendes abgeklärt wissen. Ich stelle mir vor, dass in diesen kommenden 14 Tagen es zu interparteilichen Verhandlungen kommen könnte und möchte daher fragen, ob ihre Partei die Absicht hat, diese Angelegenheit vor der endgültigen Abklärung in der Presse zu behandeln oder nicht. Je nach ihrer Einstellung werden auch wir uns verhalten. Meine persönliche Ansicht wäre, dass die Presse vorläufig nicht in Funktion treten soll, überhaupt nicht, solange die Verhandlungen andauern.

Abg. Dr. Ritter: Es hat die Gefahr, dass die Behandlung in den Zeitungen störend in die Verhandlungen (interparteilichen Verh.) einwirkt, aber wir stellen natürlich auf sie ab.

Reg. Chef Frick: Ich bin der Ansicht, dass es nur giftiger wird, wenn geschrieben wird.

Abg. Dr. Ritter: Wir unsererseits sind ermächtigt, die bindende Zusage zu geben, dass unsere Presse nicht über die Verhandlungen berichtet.

Abg. Hoop: Ich stelle mir vor, dass von uns aus nicht so gut zu machen ist, denn was die Partei weiter dazu sagt ist eine Frage. Wir von uns aus können schon sagen, dass es besser ist wenn nicht geschrieben wird, aber wir sind nicht kompetent für die Partei diese Zusicherung zu geben.

Abg. Elkuch: Ich bin dafür, nichts zu schreiben bis die ganze Sache erledigt ist.

Abg. Kindle: Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie nicht die Macht haben, die Pressemitteilungen zu unterbinden. Auf jeden Fall wünschen wir eine klare Sachlage.

Abg. Hoop: Herr Dr. Ritter hat soeben erklärt, dass ihre Fraktion die Vollmacht hat um eine bindende Erklärung abzugeben.

Abg. Kindle: Wir haben uns diese Vollmacht selber gegeben, was Ihrerseits ebensogut gemacht werden kann.

Abg. Dr. Ritter: Rein sachlich gesprochen, werden durch die Bekanntmachung des Meinungsaustausches in den Zeitungen die ganzen Angelegenheiten mehr verhindert als gefördert.

Abg. Schädler: Ich bin schon auch dafür, dass nicht geschrieben wird.

Reg. Chef: Es handelt sich höchstens um 14 Tage. Wenn es gut ausgeht, handelt es sich um ein Intermezzo, wenn es schlecht ausgeht, kann man immer noch darauf zurückkommen. Es handelt sich also nur um eine zeitweise Unterbindung der freien Presse. Zu einer Dauerunterbindung könnte man sich natürlich nicht bereit erklären und wäre auch die Presse kaum einverstanden. Die Presse soll Sprachrohr der Partei sein. Nur für diese 14 Tage wird es nach meiner Ansicht jedoch möglich sein, Stillschweigen zu bewahren und bin auch sicher, dass das Volksblatt das machen wird.

Abg. Kindle: Ich möchte nicht missverstanden werden und daher ausdrücklich sagen, dass nur bis zur Abklärung der ganzen Sache das Stillschweigen bewahrt werden soll.

Abg. Dr. Ritter: Selbstverständlich ist auch der Pressefreiheit während der Koalition gewisse Schranken auferlegt. Wenn also die Zusammenarbeit beschlossen wird, müssen auch von beiden Seiten gewisse Einschränkungen in der Pressefreiheit freiwillig auf sich nehmen. Ich könnte mir eine Zusammenarbeit nicht vorstellen, wenn auf der einen Seite den Behörden die Zusammenarbeit gepredigt wird und auf der anderen Seite in der Presse ständig eine Kampfstimmung bestehen würde. Die Koalition ist eben eine Vereinbarung zwischen zwei Parteien, wo jede Partei gewisse Bindungen eingeht, was die Demokratie in keiner Weise beeinträchtigt.

Reg. Chef: Ich glaube, wegen der Angelegenheit des Stillschweigens während der Verhandlungen handelt es sich nicht um eine große Angelegenheit, sodass die Abgeordneten ohne weiteres von sich aus dieser Sache zustimmen können.

Präsident: Ich glaube auch, wenn wir uns diese Vollmacht selber geben und von der Fraktion aus die Erklärung abgeben, dass die Fraktion es für die Verhandlungen nachteilig betrachte, wenn die Presse davon berichte.

Abg. Dr. Ritter: Eine formelle Frage noch. Wenn in den nächsten 14 Tagen eine Zwischenparteiliche Besprechung als erwünscht zu betrachten ist, wer übernimmt diese Sache, die Regierung oder die Parteien?

Abg. Kindle: Ich würde dies den Parteien überlassen.

Präsident: Ich bin auch dieser Meinung.

Abg. Dr. Ritter: Unsererseits kann somit die Angelegenheit als erledigt betrachtet werden.

Abg. H. Brunhart: Es wäre uns von Wert, wenn ihr euch klar aussprechen könntet. Wenn z.B. einer von euch im Auftrag der Fraktion die Erklärung abgeben könnte.

Abg. Hoop: Wir haben jeder die gleiche Ansicht.

Abg. Beck: Streitigkeiten macht die Presse. Ich würde daher die Mitteilungen durch die Presse unterlassen, sonst ist der Kopf schon da, denn nur die Presse ist da um den Kampf zu machen. Wenn wir unter uns meinen wir haben nichts, wird in der Presse manchmal ganz anders geschrieben.

Abg. H. Brunhart: Das kommt bes. zum Vorschein im Fall Dr. Vogt.

Was haben z.B. die Abgeordneten mit Dr. Vogt gehabt? Es war nur die Presse.

Abg. Dr. Ritter: Die Zusammenarbeit kann noch sogut klappen, wenn aber die Presse diese durch eine kämpferische Schreibweise torpediert, so ist der Zusammenarbeit die psychologische Grundlage entzogen, die Presse ist eben wie bereits gesagt wurde, das Sprachrohr der Parteien, das Sprachrohr für die Öffentlichkeit.

Abg. Elkäch: Ich würde über die einzelnen Punkten doch verhandeln, dass man weiss, was man will.

Abg. H. Brunhart: Es hat dies keinen Zweck, wenn ihr doch keine bindende Zusage geben könnt.

Abg. Dr. Ritter: Die Sache soll gesamthaft in der Partei besprochen werden.

Präsident: Wünscht noch jemand zu diesem Punkt das Wort?

Abg. Sele: Ich bin auch der Ansicht, dass die Sache nicht durch den Landtag erledigt werden kann, es ist aus den Parteien herausgewachsen und soll von dort auch behandelt werden. Was nun die heutige Sitzung anbelangt, die als nicht-öffentliche Sitzung bezeichnet ist, sollte natürlich von jedem Abgeordneten auch erwartet werden, dass die Sitzung auch als nicht-öffentlich betrachtet wird. Wenn natürlich dann in einer Presse etwas kommt, so kommt es in der anderen auch und so wäre der ganzen Sache schlecht gedient.

Reg. Chef: Was nun das Stillschweigen anbelangt, möchte ich schon sagen, dass die Angelegenheit der Partei vorgelebt werden muss, dass es zu Diskussionen kommen wird, wird unvermeidlich sein, denn jeder wird davon erzählen. Diskussionen werden daher im Volk nicht zu verhindern sein.

Abg. Sele: Ich meine dies so: jeder wird gefragt, was ist gegangen, da kann man doch zur Antwort geben, dass die Sache auf dem Verhandlungswege geregelt werde.

Abg. H. Brunhart: Es wäre das einfachste, wenn ihr abstimmen würden betr. dem Pressestillschweigen.

Präsident: Wenn sich niemand mehr zum Wort meldet, erkläre ich für die Bürgerpartei, dass dieser Gegenstand bis zur vollständigen Abklärung in der Presse nicht behandelt wird.

Abg. Dr. Ritter: Zur Kenntnis genommen.

Präsident: Bevor ich schlüsse, möchte ich noch fragen, ob wir vielleicht noch mit dem Protokollverlesen beginnen sollen oder ev. am Baugesetz, wenn nicht schlüsse ich die heutige nicht-öffentliche Sitzung.

Abg. Sele: In der Angelegenheit Dr. Vogt ist vom Vize-Chef erklärt worden, dass bereits im Jahre 1937 8 Diplomatenpässe ausgestellt worden sind, warum ist man über diese Sache nur hinweg gegangen?

Reg. Chef: Ich möchte folgendes zur Klärung dieser Angelegenheit vorbringen: Die vorerwähnte Passgeschichte hat mich interessiert und ich habe den Auftrag gegeben, die bezüglichen Akten auszuheben. Die ganze Angelegenheit hat sich dann harmlos aufgeklärt. Das politische Departement in Bern hat an die Regierung seinerzeit ein Schreiben gerichtet und zuhanden des Deutschen Innenministeriums annullierte Passformulare angefordert. Auf Grund dieses Schreibens wurden dann 8 annullierte Pässe nach Bern zuhanden des Innenministeriums in Berlin gesandt. Die Pässe wurden für Grenzwächterschulen als Muster benötigt. Es handelt sich also nicht um Blanco-Pässe, dies zur Aufklärung der Sache.

Die rückständigen Protokolle werden vorgelesen und nach kurzer Diskussion gutgeheissen.

Abg. Beck : Bei der Behandlung der Angelegenheit " Schulkommissär " wurde in der Oeffentlichkeit breitgeschlagen, dass der Regierungschef gesagt habe, dass was ich gesagt habe, ein Blödsinn sei.

Ich möchte mich dahin rechtfertigen, dass die Sache damals besprochen wurde. Ich meinerseits war der Ansicht, dass Pfarrer Frommelt gewiss noch die Möglichkeit hätte, das Amt des Schulkommissärs zu führen resp. weiter zu führen. Ich habe mich dann der Stimme enthalten. Der Chef hat nicht nach meinen Ausführungen "Blödsinn" gesagt. Im Ubrigen habe ich den Chef auch pers. gefragt und dieser hat erklärt, dass er den ganzen vorherigen Verlauf der Gegnerschaft betr. dem Schulkommissärposten als Blödsinn bezeichnet habe, nicht meine Ausführungen.

RRRR Abg. H. Brunhart: Das diesbez. Protokoll wurde s.Z. verlesen und es wurden dagegen keine Einwendungen erhoben. Es ist anerkannt worden, somit ist die Sache erledigt.

Präsident: Hat noch einer der Herren etwas vorzubringen ? Wenn nicht schliesse ich die heutige Sitzung.

Schluss der Sitzung: 12 Uhr mittags.